

Quelle: oeamtc.at

Adresse: <https://www.oeamtc.at/presse/oeamtc-diesel-so-teuer-wie-nie-zuvor-49506885>

Datum: 20.04.2024 (Da es immer wieder Änderungen gibt, bitte für aktuelle Infos die Website besuchen.)

ÖAMTC: Diesel so teuer wie nie zuvor

Mobilitätsclub fordert Anpassungen bei Preisstabilitätsmechanismus, Kilometergeld und Pendlerpauschale

Heute hat der Dieselpreis mit durchschnittlich 1,477 Euro je Liter ein neues Allzeithoch erreicht und den bisherigen Tageshöchstpreis aus dem Jahr 2012 um 0,4 Cent übertroffen. Auch die Preise für Super setzen ihren Höhenflug fort und liegen im Schnitt nun ebenfalls bei 1,477 Euro pro Liter - gleiche Tagesdurchschnittspreise bei Diesel und Super waren in den vergangenen Jahren nur selten der Fall. Die Ursachen für das aktuelle Spritpreinsniveau sind die hohen Ölpreise sowie der im Vergleich zu 2012 schwächere Euro.

CO2-Bepreisung treibt ab Juli Preise weiter nach oben

"Die zusätzliche CO2-Bepreisung in der Höhe von 30 Euro je Tonne wird ab Juli 2022 Tanken weiter verteuern", hält Nikola Junick, Verkehrswirtschaftsexpertin des ÖAMTC fest. "Dann werden die Preise an den Zapfsäulen um 7,7 Cent je Liter Super bzw. um 8,8 Cent je Liter Diesel steigen." Bleibt es beim aktuellen Preisniveau, wird der Liter Sprit dann fast 1,6 Euro je Liter kosten – damit wäre ab Juli auch beim Super ein neuer Höchstpreis erreicht. "Besonders Menschen, die täglich auf ihr Auto angewiesen sind und große Strecken zurücklegen müssen, spüren das extrem", weiß die Expertin. "Die Regierung ist daher gefordert, die aktuellen Preissteigerungen abzufedern und auch die Zusatzbelastung ab Juli zumindest zu reduzieren. Zwar ist ein Preisstabilitätsmechanismus vorgesehen – dieser wirkt allerdings erst für die geplanten Erhöhungen ab 2023." Aufgrund der aktuellen Preissituation wird die CO2-Bepreisung 2023 voraussichtlich 32,5 Euro anstatt 35 Euro je Tonne CO2 ausmachen. "Umgelegt auf den Liter Sprit heißt das, dass die Mehrbelastung um nicht einmal einen Cent reduziert wird", so Junick.

Anpassung von Kilometergeld und Pendlerpauschale notwendig

Aus Sicht des Mobilitätsclubs muss die Regierung die Rekordpreise jedenfalls zum Anlass nehmen, um Kilometergeld und Pendlerpauschale zu erhöhen. "Seit der letztmaligen Anpassung dieser beiden Regelungen sind die gesamten Kosten für die private Pkw-Nutzung um fast ein Fünftel gestiegen", rechnet Junick vor. Das Kilometergeld ersetzt jene Kosten pauschal, die entstehen, wenn man mit dem eigenen Pkw Fahrten für den Arbeitgeber unternimmt. Die Pendlerpauschale soll wiederum die Kosten eines langen Arbeitsweges abbilden, um diese von der Steuer absetzen zu können. "Dabei geht es um Kosten, die entstehen, um ein Einkommen zu erzielen – und keineswegs um eine Förderung, wie gerne im Zusammenhang mit der Entlastung für Pendler:innen behauptet wird", erläutert Junick. Bei der Pendlerpauschale bedarf es darüber hinaus einer Reform, die künftig eine einkommensunabhängige und kilometergenaue Berücksichtigung der Kosten für den Arbeitsweg vorsieht.